

Sprechzettel IV M

Aktuelle Herausforderungen und finanzielle Auswirkungen für Schleswig-Holstein anlässlich des Krieges in der Ukraine

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie alle wissen, unterliegt die Gesamtlage im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine täglich neuer Dynamik und ist in ihren Folgewirkungen nicht abschließend vorhersehbar, so dass eine seriöse, verlässliche Prognose der finanziellen Auswirkungen kaum möglich ist.

Dennoch möchte ich der Bitte des Finanzausschusses nachkommen und größtmögliche Transparenz zum aktuellen Stand schaffen, welche Bereiche des MILIG sich finanziellen Herausforderungen gegenübersehen.

Die Fluchtbewegungen nehmen von Tag zu Tag an Dynamik zu. Die Bundespolizei hat bisher insgesamt knapp 175.000 (Stand, 16.03.22, 16 Uhr) Vertriebene aus der UKR in Deutschland festgestellt. (Polen hat bis jetzt 1,8 Millionen Menschen aufgenommen.)

Die Anzahl der tatsächlich in Deutschland eingereisten Menschen dürfte weitaus höher sein, da viele Ukrainerinnen und Ukrainer nach wie vor bei Familien, Freunden oder an ihnen bekannten Orten unterkommen wollen. Das Bundesamt für Güterverkehr koordiniert die Fluchtbewegung innerhalb Deutschlands.

Es werden 200 Busse und Sonderzüge eingesetzt, um die Geflüchteten in die Bundesländer zu fahren.

In Berlin kommen mittlerweile täglich mehrere Tausend Geflüchtete an. Die Ankündigung des BMI, Flüchtlinge auf die Bundesländer nach Königsteiner Schlüssel zu verteilen, wird inzwischen praktiziert.

Ukrainische Kriegsflüchtlinge kommen in unseren Landesunterkünften unter, deren Kapazität wir täglich ausbauen.

Dies bedeutet, dass wir sowohl finanzielle Mittel für den Ausbau, als auch die Herrichtung und den Betrieb von Landesunterkünften, wie z.B. in Seeth, benötigen.

Aktuell (Stand 16.03.2022) liegt die **Belegung der Landesunterkünfte** bei rund **3.505**, davon **1.789** (Stand 16.03.22, 11 Uhr) **ukrainische** Flüchtlinge.

Die Turnhalle in der Landesunterkunft Boostedt wurde durch eine Katastrophenschutzereinheit der Stadt Neumünster mit Feldbetten ausgestattet. Inzwischen wurden u.a. auch Aufenthaltsräume für Unterbringungszwecke hergerichtet.

Es wird letztlich jede freie Fläche in den Landesunterkünften überprüft, ob sie für das Aufstellen von Betten genutzt werden kann.

Gemeinsam mit dem Finanzministerium und der GMSH werden unter Hochdruck Lösungen für weitere Unterbringungsmöglichkeiten erarbeitet.

Am vergangenen Donnerstag wurden die Entscheidungen getroffen, sowohl die Reserveliegenschaft in Seeth wie auch Unterkunftsgebäude in Glückstadt herzurichten. Die Inbetriebnahmen könnten nach ersten Einschätzungen Anfang April erfolgen.

Mit diesen beiden Liegenschaften können bis zu 1.700 Plätze zusätzlich geschaffen werden. Darüber hinaus

konnten bislang insgesamt 592 Unterkunftscontainer bestellt werden. Das schafft noch einmal rund 2.360 Plätze. Weitere Containerkontingente werden zurzeit abgefragt.

Dabei wird die pandemische Lage ebenso berücksichtigt wie die Tatsache, dass Plätze nicht in Gänze ausgeschöpft werden können, da z.B. Familienkonstellationen berücksichtigt werden müssen.

Inzwischen erfolgt die Aufnahme **auch** direkt in den – hauptsächlich durch ehrenamtliche Hilfskräfte hergerichteten – Unterkünften auf kommunaler Ebene. Auch hier ist mit täglich steigenden Aufnahmezahlen zu rechnen.

Auch auf kommunaler Ebene werden die Aufnahmekapazitäten mit Hochdruck ausgebaut. Wir haben die UKBs in der vergangenen Woche darum gebeten, pro Kreis und kreisfreie Stadt 300 – 500 Plätze zu schaffen.

In den kommunalen Unterkünften können wir Stand, 16.03.22, 11 Uhr, maximal 2640 Menschen unterbringen. Die Belegung lag dort zuletzt bei knapp 1.000.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei den Kommunen, bei den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern, Landrätinnen und Landräten bedanken, mit denen ich wöchentlich eine Videokonferenz habe, um die aktuelle Lage zu besprechen. Innerhalb kürzester Zeit werden kommunale Unterkünfte ertüchtigt und für die Ukrainerinnen und Ukrainer vorbereitet.

Nur wenn wir alle – Bund, Land und Kommunen – an einem Strang ziehen, werden wir die Herausforderungen meistern und den ukrainischen Kriegsflüchtlingen – den geflüchteten Kindern und Müttern – eine bestmögliche Aufnahme in Schleswig-Holstein bieten können.

Wie bereits erläutert, richtet der Bund sich inzwischen nicht mehr an den Meldungen der Länderkapazitäten aus, sondern verteilt nach Königsteiner Schlüssel. Das Prinzip der Freiwilligkeit der Aufnahme wird damit aufgehoben.

Insgesamt wird mit bis zu 400.000 aus der Ukraine in Deutschland ankommenden Menschen gerechnet. Das bedeutete, wir müssten in Schleswig-Holstein für die kommende Zeit mit ca. 13.600 Menschen rechnen.

Im Zuge der Weiterverteilung auf die kommunale Ebene erstattet das Land den Kreisen und kreisfreien Städten 70 Prozent der Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehen. Der durchschnittliche monatliche Kostenaufwand je Leistungsempfängerin und Leistungsempfänger beläuft sich auf 750.

Auch der Bereich des **Katastrophenschutzes** ist auf vielfache Weise betroffen.

Der Interministerielle Leitungsstab (IMLS) kommt zweimal pro Woche zu großen Lagebesprechungen zusammen, hieran sind auch die Verbindungspersonen aller Ministerien beteiligt.

Im IMLS sitzen zudem auch Verbindungspersonen der Hilfeleistungsorganisationen, des THW, der Landes- und Bundespolizei, der Bundeswehr, des Landesfeuerwehrverbands und der Berufsfeuerwehren, sowie der kommunalen Landesverbände.

Der IMLS tagt auch zweimal täglich in kleineren Stabsrunden, um kurzfristig und lageangepasst Entscheidungen zu treffen

Zur Bewältigung der Flüchtlingslage werden wir über die Unteren Katastrophenschutzbehörden zahlreiche Einheiten und Fähigkeiten des Katastrophenschutzes in Anspruch nehmen. Die zu erwartenden Kosten können zum jetzigen Zeitpunkt nur grob geschätzt werden. Unsere Schätzungen basieren auf einer Hochrechnung aus den letzten Katastrophenschutzereignissen.

Verdienstaufschlag	ca. 1.000.000 €
Verpflegungskosten	ca. 1.000.000 €
Mietkosten Hallen	ca. 2.000.000 €
Sachkosten / Instandsetzung	ca. 1.000.000 €

Die Lage ist in erster Linie eine Flüchtlingslage. Wir hoffen sehr, dass sich keine Cyberlage daraus entwickelt und wir auch keine Anforderungen im Rahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit bekommen oder gar im Zivilschutz gefordert werden. Aber wir sind darauf im interministeriellen Leitungsstab vorbereitet.

Was uns darüber hinaus besonders fordert, sind die zahlreichen Hilfeleistungensuchen, die alle Bundesländer über den Bund erhalten. Wir haben in Schleswig-Holstein schlicht nicht genügend Material und Gerät des Katastrophenschutzes, das wir zur Verfügung stellen können. Das, was wir haben, benötigen wir für die eigene Lage im Land. Das ist nicht gut und das müssen wir zeitnah ändern!

Für die zügige Errichtung eines Katastrophenschutzlagers plane ich langfristig eine Kooperation mit dem THW. Dieses bewirbt sich beim Bund um eines von acht Logistikzentren. Wir prüfen gerade, wie die Landesregierung diese Bewerbung des THW politisch flankieren kann. Bis dahin plane ich, in Boostedt ein Überganslager einzurichten. Nach erster Kostenermittlung benötige ich an Raumbedarfskosten, für Transportmittel und für das einzulagernde Material 1,6 Mio. € sowie eine Lageristin / einen Lageristen und zwei Lagerarbeiterinnen bzw. -arbeiter. Die finanziellen Mittel für die Lagererrichtung wollen wir zunächst aus den oben genannten Mitteln ent-

nehmen. Die Mittel werden aber insgesamt nicht ausreichen und müssen aufgestockt werden. Zum Vorschlag der Landesregierung wird Frau Heinold gleich berichten.

Darüber hinaus ist zeitnah die Schaffung einer landesweit einheitlichen Leitstelleninfrastruktur und Errichtung einer Lehrleitstelle geplant. Durch die Vernetzung der Leitstellen in einer einheitlichen Struktur wird das MILIG in die Lage versetzt, ein landesweites Lagebild zu erzeugen, das in Echtzeit zur Verfügung steht. Durch diesen Übergang von der alltäglichen Gefahren- hin zur Katastrophenabwehr wird das MILIG als oberste Katastrophenschutzbehörde in der Wahrnehmung seiner Aufgabe zur unverzüglichen Übernahme der Leitung der Katastrophenabwehr gestärkt.

Meine Damen und Herren,

mein größter Dank richtet sich an die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer sowie an die Hilfsorganisationen. Diese Hilfsbereitschaft von Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern ist unübertroffen. Die Helferinnen und Helfer stehen auch in

der Nacht vor Ort bereit, um die Kriegsflüchtlinge willkommen zu heißen, zu verpflegen und ihnen den ersten Halt zu geben. Dieser unermüdliche Einsatz verdient die größte Anerkennung und Dankbarkeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.